

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Wiederum stärkste kommunalpolitische Kraft in Nordrhein-Westfalen wurde die SPD: **Friedrich Pritzkolet** vermittelt einen Überblick.

Seite 1

Thesen zur niedersächsischen Bildungspolitik in den nächsten zehn Jahren stellt **Rolf Wernstedt**, Kultusminister in Hannover, vor.

Seite 3

Die Agrarförderung in Rheinland-Pfalz erläutert **Karl Schneider**, Landwirtschaftsminister in Mainz.

Seite 4

49. Jahrgang / 200

18. Oktober 1994

### Wiederum stärkste kommunalpolitische Kraft Die Ergebnisse der SPD in Nordrhein-Westfalen

Von **Friedrich Pritzkolet**  
Landesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft  
für Kommunalpolitik (SGK) in Nordrhein-Westfalen

Die SPD ist wiederum stärkste kommunalpolitische Kraft im Land Nordrhein-Westfalen. Sie errang insgesamt 42,3 Prozent der Wählerstimmen. Das sind nur 0,7 Prozent-Punkte weniger, als bei den Kommunalwahlen 1989.

Herausragendes Merkmal war die hohe Wahlbeteiligung, die mit 81,7 Prozent um 16,2 Prozent-Punkte höher lag, als im Jahr 1989. Diese hohe Wahlbeteiligung ist zweifelsohne auf die Zusammenlegung mit der Bundestagswahl zurückzuführen.

Was diese hohe Wahlbeteiligung bedeutet, erschließt sich einem erst bei einem Blick auf die absoluten Zahlen. Bei annähernd gleich vielen Wahlberechtigten im Jahr 1989 gingen nämlich jetzt 2.200.000 Wählerinnen und Wähler mehr zur Wahlurne, als bei den letzten Kommunalwahlen. Das bedeutet für die einzelnen Parteien folgendes.

Trotz der leichten Stimmenverluste hat die SPD rund 860.000 Wähler dazugewonnen. Die CDU wurde sogar von 1,1 Millionen Wählern mehr gewählt, als im Jahre 1989. Dagegen büßte die FDP mehr als 140.000 Wählerstimmen ein und die Republikaner mehr als 130.000.

Die Nichtwähler haben somit erfreulicherweise ihre Funktion als stärkste politische Kraft eingebüßt.

Als im Lande Nordrhein-Westfalen die Entscheidung getroffen wurde, die Kommunalwahlen mit den Bundestagswahlen zusammenzulegen, befand sich die SPD auf Bundesebene im Aufwind. Als sich dies im Vorfeld der Bundestagswahl änderte, wurde vielerorts befürchtet, die SPD werde auch auf kommunaler Ebene einbrechen. Diese Einbrüche, die insbesondere für die Großstädte befürchtet worden waren, sind nicht eingetreten. Dort, wo die SPD außergewöhnliche Verluste zu verzeichnen hatte, waren dafür ausschließlich lokale Gründe verantwortlich. Das gilt etwa für Mülheim an der Ruhr, wo die SPD rund neun Prozent einbüßte, weil die Oberbürgermeisterin mit einem verbilligten Baudarlehen ins Gerede gekommen war.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 190187, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemmlinger Umgang  
mit wertvollen Ressourcen  
Recycling-Papier



Auf der anderen Seite hielten sich auch die Zugewinne der SPD in Grenzen. Spitzenreiter ist hier die SPD in Bonn, die 4,8 Prozent zulegen konnte. Dies ist sicherlich auch der persönliche Verdienst der Spitzenkandidatin Barbara Dieckmann, die alle Aussicht hat, gemeinsam mit den Grünen zur ersten Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn gewählt zu werden.

Das auffälligste Ergebnis der Kommunalwahl ist der Fall der FDP ins Bodenlose. Wie tief diese Drei-Punkte-Partei gefallen ist, wird bei einem Blick auf ihre ehemalige und heutige Präsenz in den 54 Kreisen und kreisfreien Städten des Landes deutlich. War die FDP bisher noch in 42 Räten und Kreistagen vertreten und bislang nur in 12 Vertretungskörperschaften an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, so ereilte sie dieses Schicksal nunmehr in sage und schreibe weiteren 31 Räten und Kreistage. In elf dieser Vertretungskörperschaften ist sie - stark geschwächt - heute gerade noch vertreten. Die Zugewinne der CDU dürften zu einem nicht unerheblichen Teil auf das Konto ehemaliger FDP-Wähler gehen.

Interessant ist eine Analyse der Wahlergebnisse in den Kreisen und kreisfreien Städten daraufhin, welche Partei die Oberbürgermeisterin beziehungsweise den Oberbürgermeister oder den Landrat beziehungsweise die Landrätin stellen wird.

Blicken wir zunächst auf die Situation in den Kreistagen. Dort konnte die SPD in fünf Kreisen die absolute Mehrheit erringen, die voraussichtlich zur Wahl einer Landrätin und vierer Landräte führen wird. In zehn Kreisen läßt eine rot-grüne Mehrheit eine Zusammenarbeit erwarten, die zur Wahl von zwei Landrätinnen und acht Landräten führen könnte.

Die CDU hat in zehn Kreisen die absolute Mehrheit erhalten und wird voraussichtlich in weiteren vier Kreistagen mit der FDP zusammen den Landrat oder die Landrätin wählen. Wohin der Weg in den Kreisen Gütersloh und Soest geht, hängt letztendlich vom Verhalten der dort in den Kreistag gewählten freien Wählervereinigungen ab. Sollten auch dort die Entscheidungen zugunsten der SPD ausfallen, könnte die Partei mit vier Landrätinnen und 13 Landräten die Führung in 17 der 31 Kreise übernehmen.

Noch erfreulicher sieht das Bild in den 23 kreisfreien Städten aus. Dort konnte die SPD in neun Räten die absolute Mehrheit erringen, während in zehn weiteren kreisfreien Städten eine Zusammenarbeit mit den Grünen/Alternativen wahrscheinlich erscheint. Wenn diese Zusammenarbeit zustandekommt, wird die SPD fünf Oberbürgermeisterinnen und 14 Oberbürgermeister stellen. Falls es in Wuppertal doch nicht die Zahl der sozialdemokratischen Oberbürgermeisterinnen mit Ursula Kraus noch erhöhen.

Für Mülheim an der Ruhr sind - jedenfalls rechnerisch - die Voraussetzungen dafür gegeben, daß das bereits vor der Wahl in Aussicht genommene schwarz-grüne Bündnis zustande kommt. In Krefeld wird die CDU, die mit absoluter Mehrheit in den Rat eingezogen ist, den Oberbürgermeister stellen. Das wird mit Unterstützung der FDP auch in Mönchengladbach geschehen.

Besonders hervorzuheben ist, daß mit rot/grün sozialdemokratische Frauen in Bielefeld, Bonn und Münster zu Oberbürgermeisterinnen gewählt werden können. Das ist für die ehemals schwarzen Hochburgen Bonn und Münster ein nachgerade spektakuläres Ergebnis. Einen beachtlichen Erfolg errang die SPD auch mit Ihrer Spitzenkandidatin Marie-Luise Smeets in Düsseldorf, für die gemeinsam mit den Grünen/Alternativen eine Stimmenmehrheit für die Wahl zur Oberbürgermeisterin gesichert erscheint.

Die Zurückgewinnung von Bielefeld wie die erstmalige Chance zur Wahl einer Oberbürgermeisterin in Bonn und Münster gebieten es, die Namen dieser nordrhein-westfälischen Kommunal-Trolcha hervorzuheben: Bärbel Dieckmann (Bonn), Angelika Doppheide (Bielefeld) und Marion Tüns (Münster).

(-/18. Oktober 1994/rs/fr/ks)

\*\*\*\*\*

**Neues Denken ist nicht abhängig vom Geld**  
**Thesen zur niedersächsischen Bildungspolitik in den nächsten zehn Jahren**

**Von Rolf Wernstedt**  
**Kultusminister des Landes Niedersachsen**

I.

Die Bildungspolitik ist wie alle anderen Politikfelder gehalten, Aufgaben und Ausgaben in ein angemessenes Verhältnis zu bringen. Oberstes Ziel ist die Qualitätssicherung von Bildung und Ausbildung, vom Kindergarten bis zur Hochschule.

II.

Auch in Niedersachsen hat Bildungspolitik hinsichtlich ihrer finanziellen Ressourcen und personellen Kapazitäten weiterhin Priorität. Es ist aber in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nicht mehr möglich, die Idealvorstellungen und alle Reformprojekte der 80er Jahre in vollem Umfang durchzuhalten. Die letzten Jahre der alten Bundesrepublik sind endgültig vorbei.

III.

Bildungspolitik findet in Niedersachsen weiter auf hohem Niveau statt. Sowohl die finanziellen Mittel als auch die personellen Kapazitäten liegen höher als in den 80er Jahren. Auch bei dem erwarteten Höhepunkt der Schülerzahlen in den Jahren 2003 und 2004 wird es an Niedersachsens Schulen weniger Schüler geben als Anfang der 80er Jahre. Gleichzeitig wird die Zahl der Lehrkräfte um etwa 2.000 höher liegen. Angesichts dieser Dimension von einer "Bildungskatastrophe" zu reden, ist unverantwortlich.

IV.

Wenn nicht mehr alle mit Geld verbundenen Blütenräume reifen können, so ist der pädagogische Dauer-Trauergesang der Lehrerorganisationen intellektuell und politisch unglauwbüdig, weil im krassen Widerspruch zu den tatsächlichen täglichen Leistungen in den Schulen steht. Zeiten knapper werdender Mittel sind Reformzeiten. Sie schaffen Raum für Besinnung und Neuanfänge.

V.

Die in Niedersachsen beabsichtigten Umsteuerungen und restriktiven Einschnitte (im Schul- und Kita-Bereich) werden begleitet sein von einer Reform der Schulaufsicht und der Stärkung der Autonomie der Schulen. Die Klage der Lehrerschaft über zu viele Gängelei und administrative kleinliche Vorschriften wird ernst genommen. Danach erhöht sich auch der Grad der Eigenverantwortlichkeit für innerschulische Entscheidungen. Die in den letzten vier Jahren auf den Weg gebrachten Reformen organisatorischer Art (Organisationserlasse, Verordnung zur beruflichen Bildung) sowie die inhaltlichen Vorgaben (Rahmenrichtlinien, Öffnung von Schule) bieten genügend Raum für energisches reformpolitisches Vorgehen. Neues Denken ist nicht abhängig vom Geld.

(-/18. Oktober 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Agrarförderung in Rheinland-Pfalz**

**Mehr als 19 Millionen für umweltschonend wirtschaftende Landwirte**

**Von Karl Schneider**

**Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz**

Mit mehr als 19 Millionen Mark werden in diesem Jahr die umwelt- und marktentlastenden Leistungen von rheinland-pfälzischen Landwirten honoriert.

An dem im Jahr 1993 erstmalig angebotenen "Förderprogramm Umweltschonende Landwirtschaft" (FUL) haben bislang mehr als 1.400 Landwirte teilgenommen und sich verpflichtet, insgesamt 36.000 Hektar Acker- und Grünland sowie Dauerkulturflächen für mindestens fünf Jahre extensiv zu bewirtschaften.

Weitere 400 Landwirte bewirtschaften im Rahmen des Mittelgebirgs- und des Talauenprogramms rund 13.000 Hektar Grünland nach umweltschonenden Kriterien.

Mit diesen Förderprogrammen unterstützt die Landesregierung in Rheinland-Pfalz Landwirte und Winzer, die in ihren Betrieben den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln einschränken, den Viehbesatz verringern und bodenschonende Anbautechniken anwenden.

Besonders erfreulich aus Sicht des Umweltschutzes und der Marktentlastung ist die Umwandlung von fast 5.000 Hektar Ackerland in extensiv genutztes Dauergrünland.

Zu begrüßen ist der unerwartet große Zuspruch bei den Umweltprogrammen, der allerdings dazu geführt hat, daß das Antragsverfahren für die meisten Programmteile des FUL in 1994 vorerst ausgesetzt werden mußte.

Die Finanzsituation des Landes und auch der Europäischen Union erlauben derzeit leider keine Aufstockung der im Haushalt eingestellten Mittel. Ich werde mich in den kommenden Haushaltsberatungen mit allem Nachdruck für eine Mittelaufstockung einsetzen, um weiteren interessierten Landwirten und Winzern bei der Umstellung auf eine umweltschonendere Bewirtschaftung helfen zu können.

(-/18. Oktober 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*